

Gerhard Kern

Supervisor (DGSv)  
Organisationsberater

für das Bündnis >Initiative Friedensplan <

Am Ziegelgrund 26  
50170 Kerpen-Buir  
tel. 02275 6778  
email gkern@ihp.de

Kern \* Am Ziegelgrund 26 \* 50170 Kerpen

---

Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft  
Frau Ministerin Barbara Hendricks,  
Herrn Minister Sigmar Gabriel

9.9.2016

Nachrichtlich

Fraktionsvorsitzende im Bundestag und im Landtag NRW  
Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus den Kreis Rhein-Erft, Euskirchen, Düren

**Offener Brief der Initiative Bündnis Friedensplan aus dem Rheinischen Revier zur Realisierung der Klimaschutzziele und zum Erhalt des Hambacher Waldes**

Sehr geehrte Frau Kraft,  
sehr geehrte Frau Hendricks,  
sehr geehrter Herr Gabriel,

im Herbst des vergangenen Jahres wurde beim Klimagipfel in Paris in großer Einmütigkeit ein Klimaabkommen beschlossen. Damit verpflichtet sich Deutschland zu gravierenden CO2 Einsparungen. Wir leben hier im Rheinischen Revier in einer Braunkohleregion, die nach Beschlüssen aus den 70er Jahren heute deutliche Überkapazitäten aufweist. Deren weitere subventionierte Förderung steht diametral den Klimaschutzziele entgegen.

Der Konzern RWE verhandelt bereits mit Ihnen über weitere Subventionen, weil schon jetzt jede Tonne geförderte Braunkohle und deren Verstromung zu einem Defizit führt.

Sollte der bisher gültige Braunkohleplan für den Tagebau Hambach bis zum bitteren Ende umgesetzt werden, würde das auch für den letzten verbliebenen Rest des Hambacher Forstes das AUS bedeuten. Es handelt sich dabei um die letzten knapp 20% eines seit der Steinzeit bestehenden Waldgebietes (FFH-Lebensraum 9160 Stieleichen-Hainbuchenwald) von einzigartiger ökologischer Bedeutung. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen setzen sich seit Jahren für den Erhalt dieses Waldgebietes ein, welches vom Land NRW bzw. der Bundesrepublik unter Verstoß gegen die Vorgaben der FFH-Richtlinien nicht zur Aufnahme in das Schutzgebiet Natura 2000 an die EU-Kommission gemeldet wurde.

Energiapolitisch kann auf den Abbau dieses letzten Teils der Hambacher Kohle verzichtet werden. Mit den angrenzenden Tagebauen Inden und Garzweiler II ist die Versorgung für die nächsten 20 Jahre gesichert. Wenn das Land NRW und die Bundesrepublik die Klimaziele noch realisieren wollen, so dürfen nach einer Studie<sup>1</sup> aus dem Frühjahr 2015 zwischen 1,4 bis 2,5 Mrd. Tonnen Braunkohle im Rheinischen Revier nicht mehr gefördert werden. Beim 95% -Ziel THG-Reduktion bis 2050 dürften, bezogen auf den Tagebau Hambach, nur noch

200 Mio. t Braunkohle gefördert werden, was bei einer Fördermenge von 40 Mio. t/Jahr bedeutet, dass die Förderung 2020 eingestellt werden müsste. Der Think Tank Agora stellte in einer Studie<sup>2</sup> fest, dass die Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier im Vergleich zu den Anlagen in anderen Revieren bereits verhältnismäßig alt sind. Ein mögliches Szenario wäre, dass bis 2025 von den insgesamt 20 Braunkohle-Kraftwerksblöcken im Rheinischen Revier 17 stillgelegt (weil durchschnittlich im Jahr 2015 41,5 Jahre alt) werden. Fünf werden bereits 2017 bzw. 2018 in die Sicherheitsbereitschaft überführt.

In der Diskussion um Arbeitsplätze muss berücksichtigt werden, dass aufgrund der Altersstruktur der Belegschaft sozialverträgliche Lösungen möglich sind.

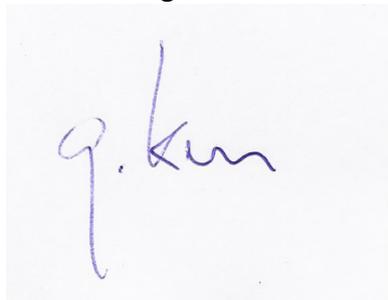
**Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen über eine politische Lösung für diese Situation, die beinhalten kann, das Waldgebiet und die angrenzenden Flächen von RWE zurück zu kaufen.** Es handelt sich um eine Fläche, die kleiner ist als die, um die der Tagebau Garzweiler verkleinert wurde. Dadurch würde ein fairer Interessensausgleich zwischen den betroffenen Revieren geschaffen, und die mit der Leitentscheidung geschaffene offenkundige Ungleichbehandlung betroffener Bürgerinnen relativiert .

RWE würde dies die wirtschaftliche Gestaltung des Rückzugs aus der Braunkohle erleichtern, den betroffenen Kommunen neue Entwicklungsräume schaffen und insgesamt ein bisher nie dagewesenes Leuchtturmprojekt für die Landesentwicklung darstellen. In der Region existieren bereits konkrete Projektideen, mit denen das gerettete Land und der Wald im Sinne einer positiven Gestaltung auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll entwickelt werden könnte.

Aus unserer Sicht wäre ein erster wichtiger Schritt ein einjähriges Moratorium, eine Denkpause, während der alle Baumfällarbeiten und weitere Eingriffe zum Schutze des letzten Restes des Hambacher Waldes unterbleiben.

Wir bitten Sie inständig, uns bei unseren Bemühungen um eine Lösung des Konflikts zwischen Natur- bzw. Menschenschutz und Wirtschaftsinteressen und zum Schutz des sozialen Friedens in der Region zu unterstützen.

In Erwartung Ihrer Antwort und mit freundlichen Grüßen,



Gerhard Kern  
für das Bündnis „Initiative Friedensplan“

<sup>1</sup> Öko-Institut (2015) : Braunkohleausstieg NRW, Welche Abbaumengen sind energiewirtschaftlich notwendig und klimapolitisch möglich?

<sup>2</sup> Agora Energiewende (2016): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen?,